Entscheidung
In dem Statutenstreitverfahren
1/2005/St

auf Antrag des

- Antragsteller -

Beteiligt:

Beigeladen:

wegen

Auslegung der „Leitlinien der Juso-Hochschulgruppen auf Bundesebene“ und deren Vereinbarkeit mit dem Satzungsrecht der SPD

hat die Bundesschiedskommission am 12. Januar 2006 unter Mitwirkung von

Hannelore Kohl, Vorsitzende,

Werner Ballhausen, stellvertretender Vorsitzender,

Prof. Dr. Roland Rixecker, stellvertretender Vorsitzender,

gemäß § 21 Abs. 4 Satz 1 SchiedsO im schriftlichen Verfahren

beschlossen:

Der Antrag wird als unzulässig verworfen.

Gründe:

I.

Der Vorstand der beschloss am 07. Juni 2004 eine neue Satzung/Richtlinien für Hochschulgruppen nach der die Juso-Hochschulgruppen eine Projektgruppe des bilden und miteinander im Studierendenverband der ... als Teil der zusammengeschlossen sind. In der Schlussbestimmung dieser Regelung wurde angeordnet, dass die Amtszeit der bestehenden Hochschulgruppengremien zum Zeitpunkt des In-Kraft-Tretens ende und Neuwahlen stattfinden. Der Vorstand hielt zugleich fest, dass er seinen Beschluss als "Neukonstituierung der HSG gemäß der neuen Satzung" betrachte. Am 14. August 2004 beschloss er ergänzend, dass diese Satzung - zur Sicherstellung der Beteiligung bei den nächsten studentischen Wahlen –

am 30. September 2004 in Kraft trete. Einen inhaltsgleichen Beschluss fasste auch der ... am 01. September 2004.

Die – bis zu diesem Zeitpunkt bestehende ... entsandte ungeachtet dieser Entwicklung ebenso wie eine am 30. Oktober 2004 neu gegründete ...der Uni-... Delegierte zu dem so genannten Wintertreffen des "Bundeskoordinierungstreffens (BKT) der Juso-Hochschulgruppen" vom 28.-30. Januar 2005 in Köln. Dort wurde ein Antrag auf "Wiederzuerkennung des Namensrechts zugunsten der vorherigen Juso-Hochschulgruppe Uni-... ebenso abgelehnt wie ein Antrag auf "Aufnahme der neuen Juso-Hochschulgruppe Uni-.... Den Delegierten beider Gruppen wurde damit das Stimmrecht versagt. Grundlage der Entscheidungen waren "Leitlinien der Juso-Hochschulgruppen", die auf dem Bundeskoordinierungstreffen der Juso- Hochschulgruppen am 26. Januar 2001 in Münster beschlossen und durch den Bundesvorstand der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten bestätigt worden sind. In ihnen heißt es unter anderem:

"Die Juso-Hochschulgruppen ...sind als Projektgruppen der Jusos in der SPD der Studierendenverband der Jusos und der SPD."

"Zur Koordination der Arbeit der Juso-Hochschulgruppen findet zweimaljährlich ein Bundeskoordinierungstreffen (BKT) statt. Auf dem Bundeskoordinierungstreffen hat jede Juso-Hochschulgruppe eine Stimme".

"Die Entscheidung über Namensgebung und Namensentzug für Juso-Hochschulgruppen liegt nach Anhörung des Bundesvorstandes der Juso-Hochschulgruppen beim Juso-Bezirksvorstand. Wird dem Antrag einer Gruppe auf Namensgebung nicht stattgegeben oder einer Gruppe der Name vom Juso-Bezirksvorstand aberkannt, kann die betroffene Gruppe sich an das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen wenden, das abschließend mit 2/3 Mehrheit entscheidet."

Der Antragsteller trägt - im Wesentlichen - vor, das BKT sei das Organ der Juso-Hochschulgruppen auf Bundesebene und könne nur als Projektgruppe der Jungsozialisten auf Bundesebene betrachtet werden. Die für Juso-Hochschulgruppen getroffene Regelung über die "Namensgebung", die auch einen organisationsrechtlichen Gehalt habe, sei in sich unstimmg und je nach ihrem Verständnis unwirksam. Das BKT könne sich, wie die Regelung zur "Namensgebung" aufgefasst werden könnte, als Projektgruppe einer Arbeitsgemeinschaft

nicht über Entscheidungen eines Organs der Arbeitsgemeinschaft hinwegsetzen. Mitwirkungsrechte einer vom Juso-Bezirksvorstand anerkannten Juso-Hochschulgruppe auf dem BKT unterlägen nicht der Beschlussfassungskompetenz des BKT selbst.

Der Antragsteller beantragt festzustellen,

1.

a. Der gesamte Abschnitt "Namensgebung" der Leitlinien der Juso-Hochschulgruppen ist unwirksam, sofern er im Sinne einer Statusregelung zu verstehen ist.

b. (hilfsweise)

Der Abschnitt "Namensgebung" Absatz 2 der Leitlinien der Juso-Hochschulgruppen ist unwirksam, insofern er im Sinne einer Zusammensetzungsregelung für das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen (BKT) zu verstehen ist.

2.

Einer Juso-Hochschulgruppe (Juso-HSG), die der Juso-Bezirksvorstand anerkannt hat, stehen ohne weitere Anforderungen die uneingeschränkten Mitwirkungsrechte, insbesondere das Stimmrecht, auf Bundeskoordinierungstreffen der Juso- Hochschulgruppen zu.

3. Ein Beschluss des BKT, einer vom Juso-Bezirksvorstand anerkannten Hochschulgruppe Mitwirkungsrechte, insbesondere das Stimmrecht, nicht zu gewähren, ist unwirksam.

4. Der Juso-Hochschulgruppe Uni-... wurde daher auf dem BKT-Wintertreffen 2005 in Köln das Stimmrecht durch das BKT zu Unrecht verweigert. Der Beteiligte und der Beigeladene haben sich nicht geäußert.

II.

Der am 24. August 2005 bei der Bundesschiedskommission eingegangene Antrag ist nicht zulässig und daher zu verwerfen.

Dabei kann die Bundesschiedskommission im Ergebnis offen lassen, ob das Statutenrecht der Partei in der zum Zeitpunkt der Antragstellung geltenden Fassung Anwendung findet oder in der Fassung, die das Satzungsrecht (Organisationsstatut- OrgStatut -,Wahlordnung- WahlO- und Schiedsordnung -SchiedsO -)auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe vom 14.-16. November

2005 erhalten hat.

Die Bundesschiedskommission, deren Zuständigkeit abschließend im Organisationsstatut und der Schiedsordnung geregelt ist, entscheidet nach §§ 1 Abs. 1, 21 Abs. 1 SchiedsO über die Auslegung und Anwendung des Organisationsstatuts und der Satzungen sowie der Grundsätze und Arbeitsrichtlinien der Arbeitsgemeinschaften, soweit sie auf einer einen Bezirk überschreitenden Ebene entstanden sind. Nach neuem Recht sind hierbei neben den Organisationsgliederungen im Geltungsbereich des betreffenden Status auch Arbeitsgemeinschaften antragsberechtigt, soweit sie geltend machen, in eigenen Rechten verletzt zu sein und dies möglich erscheint (§ 21 Abs. 2 Satz 2 SchiedsO n.F.).

Der Antragsteller ist als Kreisverband der SPD eine Organisationsgliederung der Partei i.S.d.

§ 8 OrgStatut, der folglich die Antragsberechtigung im Statutenstreitverfahren zusteht. Sein Begehren betrifft auch Regelungen, die die räumlichen Grenzen eines Bezirks der Partei überschreiten. Gegenstand seiner Anträge sind jedoch weder Vorschriften des Organisationsstatuts noch sind es Satzungen, Grundsätze und Arbeitsrichtlinien von Arbeitsgemeinschaften. Die "Leitlinien der Juso-Hochschulgruppen", die ihre Grundlage in einem Beschluss des Bundeskoordinierungstreffens der Juso-Hochschulgruppen finden, zählen dazu nicht, so dass - so misslich dies aus Sicht des Antragstellers sein mag- ihre Wirksamkeit, Reichweite und Übereinstimmung mit Satzungsrecht durch die Bundesschiedskommission nicht geprüft werden kann.

Im Übrigen sei darauf hingewiesen, dass die Schiedskommissionen nur in den enumerativ im Satzungsrecht geregelten Fällen tätig werden können und nicht dazu da sind, auf Anfechtung hin jede einzelne Maßnahme/Handlung/Beschlussfassung auf welcher Ebene der Partei und durch welches Gremium auch immer einer rechtlichen Überprüfung an den Maßstäben des Satzungs- bzw. Parteien- und allgemeinen Rechts zu unterziehen (vgl. etwas Entscheidungen vom 27.09.2002-06/2002 -; vom 22.09.2000- 02/2000/St -; vom 20.09.1999- 01/1999/St-; vom 14.10.1998-04/1998 -).Jedenfalls die unter 3. und 4. gestellten Anträge wären daher auch schon unter diesem Gesichtspunkt unzulässig.

Satzungen sind nach § 9 Abs. 2 OrgStatut Vorschriften, die die Organisationsgliederungen der Partei und deren regionale Zusammenschlüsse zur Regelung ihrer inneren Angelegenheiten treffen. Weder das BKT noch der die "Leitlinien" bestätigende Juso-Bundesvorstand besitzen folglich eine förmliche Satzungscompetenz.

Grundsätze sind auch § 10 Abs. 1 OrgStatut Bestimmungen, die der Parteivorstand für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften erlässt. Die "Leitlinien" zählen nicht dazu.

Was als "Arbeitsrichtlinie" von Arbeitsgemeinschaften im Sinne der Schiedsordnung - lediglich die §§ 1 und 21 SchiedsO benutzen diesen Begriff - zu verstehen ist, ist den organisationsrechtlichen Regelungen der Partei nicht zu entnehmen.

Allerdings spricht schon der textliche Zusammenhang von "Grundsätzen" und "Arbeitsrichtlinien" dafür, nur solche organisationsrechtlichen Bestimmungen für die Arbeitsgemeinschaften als möglichen Gegenstand eines Statutenstreitverfahrens zu betrachten, die wie die "Grundsätze" von dem Parteivorstand beschlossen worden sind. Während unter den "Grundsätzen" dann die politischen Prinzipien zu verstehen sind, denen die inhaltliche Arbeit der Arbeitsgemeinschaften zu entsprechen hat, sind Arbeitsrichtlinien die grundlegenden organisatorischen Vorschriften über ihren Aufbau und ihre Arbeitsweise. Nicht anders versteht die Begriffe auch die Partei selbst, wie die "Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD" zeigen, die der Parteivorstand am 10. Juni 1974 beschlossen hat und die nunmehr auch in der durch Parteitage geänderten Fassung vom 19./22. November 2001 gelten. Sie enthalten "Grundsätze" und Regelungen zur Gliederung, Aufbau und Wahlen.

Allerdings erlauben diese durch den Parteivorstand erlassenen "Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD" den Arbeitsgemeinschaften aller Ebenen den Erlass eigener Richtlinien, die lediglich nicht im Widerspruch zu den Richtlinien des Parteivorstandes stehen dürfen. Solche Arbeitsrichtlinien sind indessen von § 21 Abs. 1 SchiedsO erkennbar nicht gemeint. Sie würden das Statutenstreitverfahren, das der einheitlichen Interpretation des grundlegenden Organisationsrechts der Partei dienen soll, Arbeitsgemeinschaften in einer Weise eröffnen, die weit über die Befugnisse von Organisationsgliederungen zur Anrufung der Schiedskommissionen bei Streitigkeiten über ihre internen Regelungen hinaus ginge.

Zugleich würde die Kompetenz der Schiedskommissionen zu einer zumindest die Vorstände der Organisationsgliederungen bindenden Entscheidung von Konflikten von und mit Arbeitsgemeinschaften aller Ebenen begründet. Das dies gewollt ist, ist der Schiedsordnung nicht zu entnehmen.

Einer solchen Befugnis bedarf es auch nicht, weil die Einrichtung und Verfahren der Arbeitsgemeinschaften der Partei der- inhaltlich durch das Organisationsstatut nicht näher gebundenen - Entscheidungshoheit des Parteivorstandes unterliegt. Auseinandersetzungen, die die Frage des "richtigen" Vorgehens innerhalb einer Arbeitsgemeinschaft betreffen, unterliegen daher - von den Grundsätzen und den Arbeitsrichtlinien des Parteivorstandes abgesehen - der Entscheidung der Vorstände der Partei und nicht der Schiedskommissionen. Zu deren Regelungskompetenz gehört es auch, über Namen und Status von unselbstständigen Einrichtungen der Partei zu befinden. Sie können auch sicherstellen, dass die Einladung zu und die Teilhabe an innerparteilichen Zusammenkünften demokratischen und den Gleichheitssatz wahren Regeln folgt.

Da die "Leitlinien", um deren Interpretation es dem Antragsteller geht, nicht auf einem Beschluss des Parteivorstandes beruhen, können sie daher schon von vornherein nicht Gegenstand eines Statutenstreitverfahrens sein.

Davon abgesehen handelt es sich bei den "Leitlinien" auch nicht um Arbeitsrichtlinien einer Arbeitsgemeinschaft. Sie sind vom Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen beschlossen worden. Dessen organisationsrechtlicher Status kann weder dem Organisationsstatut noch anderen innerparteilichen Regelungen von Organisationsgliederungen entnommen werden. Zwar ergibt sich aus den „Leitlinien“ der- über die eigene Bezeichnung als "Treffen" hinausgehende- Wille, sich ein organisatorisches Gerüst durch "Organe" zu geben. Auch mag es sein, dass die einzelnen Juso- Hochschulgruppen mangels anderer organisationsrechtlicher Vorkehrungen als Projektgruppen im Sinne des § 10 Abs. 2 OrgStatut betrachtet werden können, sofern ihre Einrichtung auf der Entscheidung eines zuständigen Vorstands der Partei - und nicht, die die "Leitlinien" meinen, von einem Bezirksvorstand der Jusos- beruht. Das ändert indessen nichts daran, dass Zusammenkünfte oder Kooperationen wie das BKT selbst am Status der Projektgruppen nicht teilhaben und schon gar nicht den einer Arbeitsgemeinschaft einnehmen, so lange die zuständigen Organe der Partei nichts anderes beschließen.

Dass die "Leitlinien" nach ihrer Eingangsformel vom Bundesvorstand der Jusos "bestätigt" worden sind, macht sie gleichfalls nicht zu Arbeitsrichtlinien der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten selbst.

(Kohl)